

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

47. Sitzung  
12. Dezember 2024

Beginn: 14.03 Uhr  
Schluss: 16.45 Uhr  
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Sandra Khalatbari** (CDU) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Schulgesundheitsfachkräfte können eine wichtige Ergänzung der multiprofessionellen Teams in Schulen sein. Vor zwei Jahren begann in Lichtenberg ein Pilotprojekt zu Schulgesundheitsfachkräften. Ich frage den Senat: Wie ist der aktuelle Sachstand dazu?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) unterstreicht, der Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften in Lichtenberg zeige, dass sie eine sinnvolle Ergänzung für die multiprofessionellen Teams an Schulen seien. Die Schulgesundheitsfachkräfte dienten schwerpunktmäßig der Gesundheitsförderung und der Prävention, aber auch dem Krisenmanagement. Sie führten mit Schülern, Eltern und Lehrkräften Projekte zur Gesundheitsförderung durch und sensibilisierten das gesamte Schulkollegium, etwa zum Thema gesunde Ernährung. Bei gesundheitlichen Problemen oder in Krisensituationen dienten sie als erste Ansprechpartner und unterstützten bei Unfällen die Erstversorgung, was eine beruhigende Wirkung auf alle Beteiligten entfalte. Den besonderen Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern mit chronischen Erkrankungen könne durch die Schulgesundheitsfachkräfte besser Rechnung getragen

werden, indem sie etwa die Medikamentengabe übernahmen. Dies ermögliche einen inklusiven Unterricht, der nicht an allen Standorten in dieser Form gegeben sei. Bemerkenswert sei darüber hinaus, dass der Einsatz der Schulgesundheitsfachkräfte weniger Einsätze des Rettungsdienstes nach sich ziehe, da fachgerecht und adäquat vor Ort habe reagiert werden können. Zudem habe sich gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler weniger oft von ihren Eltern aus der Schule hätten abgeholt werden müssen, da häufig eine von der Schulgesundheitsfachkraft vermittelte Auszeit von ein oder zwei Schulstunden zu einer Fortsetzung des Unterrichtsbesuchs an jenem Tag geführt habe. Vor diesem Hintergrund seien die Erfahrungen mit dem Projekt in Lichtenberg aus Sicht ihres Hauses ausnahmslos positiv zu bewerten.

**Sandra Khalatbari** (CDU) erkundigt sich, wie es mit dem Projekt in Lichtenberg und den Schulgesundheitsfachkräften insgesamt weitergehe.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) gibt an, die bezirklichen Mittel, mit denen das Projekt in Lichtenberg finanziert worden sei, liefen zum Jahresende aus. Angesichts der positiven Erfahrungen sei in ihrem Haus vor einiger Zeit entschieden worden, eine Ausweitung anzustreben. Zu diesem Zweck sei in der SenBJF das sogenannte Berliner Pilotvorhaben Schulgesundheitsfachkräfte ins Leben gerufen worden, das im Februar 2025 beginne. Zunächst sollten zehn Fachkräfte an zehn Berliner Schulen in insgesamt sechs Bezirken eingesetzt werden. Darin würden die vier Lichtenberger Grundschulen integriert; die Kolleginnen und Kollegen sollten an Bord gehalten werden. Die Schulgesundheitsfachkräfte sollten zudem Aufgaben der Gesundheitsförderung, der Prävention und der gesundheitlichen Versorgung übernehmen, was eine Anbindung an den öffentlichen Gesundheitsdienst nötig mache. In Abstimmung mit den zuständigen Bezirksstadträten sei dies gelungen. Die Haushaltsmittel ihrer Verwaltung zur Umsetzung des Projekts würden den ausgewählten bezirklichen Gesundheitsämtern künftig zur Verfügung gestellt. Um zu gewährleisten, dass die teilnehmenden Schulen Erfahrungen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention hätten, sei ein Interessenbekundungsverfahren von Schulen aus dem Landesprogramm „Gute gesunde Schule“ durchgeführt worden. Neben den vier Lichtenberger Schulen – die Schule am Roederplatz, die Hans-Rosenthal-Grundschule, die Schule am Wilhelmsberg und die Matibi-Grundschule – seien dabei folgende Grundschulen ausgewählt worden: aus Mitte die Miriam-Makeba-Grundschule sowie die Brüder-Grimm-Grundschule, aus Pankow die Grundschule Wilhelmsruh, aus Steglitz-Zehlendorf die Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule mit deren Grundstufe, aus Tempelhof-Schöneberg die Annedore-Leber-Grundschule, aus Treptow-Köpenick die Schule an der alten Feuerwache.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) erklärt, aus aktuellem Anlass wolle ihre Fraktion statt der zuvor eingereichten Frage nun Folgendes wissen:

„Welche gesamtstädtischen Interessen oder sonstigen Interessen haben dazu geführt, dass der Drei-Religionen-Kita sämtliche Mittel des Landes Berlin gestrichen wurden?“

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt fest, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damit ihre schriftlich eingereichte Frage

„Wie ist der aktuelle Stand bei der Entwicklung und Einführung des 11. Pflichtschuljahrs bzw. IBA Praxis durch den Senat?“

formal zurückgezogen habe.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) erläutert in Beantwortung der mündlich gestellten Frage, dass das Projekt der Drei-Religionen-Kita bereits seit fünf Jahren verfolgt werde. Für eine Kitagründung sei das ein außergewöhnlich langer Zeitraum. Am Standort Friedrichshain bestehe in Anbetracht der stark rückläufigen Kinderzahlen inzwischen de facto eine Überversorgung mit Kitaplätzen. Im Rahmen der Konsolidierungsverhandlungen sei das Kitaausbauprogramm in einem erheblichen Umfang gekürzt worden. Die Grundlage für die Auswahl der Standorte, die unter die Kürzungen fallen sollten, habe der überarbeitete Kitaentwicklungsplan gebildet; es sei auf die Bedarfslage angekommen. Im Zuge dieser Überlegungen und der Kriterien, die für die Auswahl gesorgt hätten, seien sich die Spitzen in den Konsolidierungsverhandlungen einig gewesen, dass die Drei-Religionen-Kita an diesem Standort keinen Bescheid mehr erhalten könne. Das bedeute jedoch nicht, dass das angestrebte Modell nicht gutgeheißen werde. Folglich bestehe die Möglichkeit, gemeinsam nach einem anderen Standort zu suchen. Darüber hinaus hätten mehrere Vorhaben der Koalition mit der religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu tun.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) erwidert, es sei von Anfang an klar gewesen, dass kein Kind aus dem Sozialraum diese Kita besuchen werde. Vielmehr handele es sich um ein Projekt, das sich an Kinder aus der ganzen Stadt richte. Von daher seien die angeführten Gründe nur vorgeschoben.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** weist darauf hin, dass eine Frage zu stellen sei.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) fragt nach, warum der Senat trotz des Wissens um die stadtweite Ausstrahlung der Drei-Religionen-Kita jenes wichtige Symbol des Zusammenhalts „in diesen schwierigen, dunklen Zeiten“ im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Interessen gestrichen habe.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) betont, sie müsse mit den in Konsolidierungszeiten verbleibenden investiven Mitteln klare, seriöse, verantwortungsvolle Entscheidungen treffen und Kitas dort bauen bzw. ausbauen, wo ein echter Kitaplatzmangel mit Wartelisten von mehreren Hundert Kindern herrsche. – Ansonsten stünde es den Ausschussmitgliedern frei, sich im konsumtiven Bereich auf weitere Einsparungen zu einigen, um im investiven Bereich mehr Mittel zur Verfügung zu haben, die dann auch diesem Projekt zugutekommen könnten.

**Franziska Brychcy** (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Gemäß Presseberichterstattung gibt es nun eine Lösung für die Finanzierung der Klassenfahrten im kommenden Jahr. Wie sieht diese Lösung aus und zu wann wird sie seitens der Verwaltung umgesetzt?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur eine Lösung für die Klassenfahrten gebe, sondern auch eine echte Lösung in Richtung eigenverantwortliche Schule. Mit in dem Nachtragshaushalt enthaltenen Deckungsvermerken komme der Senat einem flexiblen Schulbudget deutlich näher. Damit werde es den Schulen ermöglicht, unter anderem das Budget für die mit Klassenfahrten verbundenen Dienstreise-

kostenerstattungen anders zu handhaben. Ab dem Haushaltsjahr 2025 könnten Berliner Schulen ihre Mittel eigenverantwortlich einsetzen und besser auf die Bedürfnisse vor Ort abstimmen, Stichworte: Vertretungsunterricht, Lehr- und Lernmittel. Bislang sei es so, dass die Mittel für Schulen in zahlreiche Einzelpositionen aufgeteilt würden, was eine flexible Nutzung erschwere. Durch die nun vorgesehenen Deckungskreise könnten die Schulen innerhalb des Budgets eigene Prioritäten setzen und die Mittel effizient, standortspezifisch und profilgebunden verwenden. Davon profitiere die gesamte Schulgemeinschaft. Konkret beziehe sich die gegenseitige Deckungsfähigkeit auf die Budgets für Vertretungsunterricht, mithin die PKB-Mittel, für Reisekosten für Schülerfahrten sowie für Lehr- und Lernmittel. Hinzu komme eine Flexibilität bei den Landesprogrammen Bonus-Programm und Berlin-Challenge; auch diese würden künftig deckungsfähig sein. All dies ermögliche eine bedarfsorientierte und datenbasierte Schulentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Startchancen-Programm. Zeitnah werde ihre Verwaltung die Schulleitungen und Schulaufsichten informieren und begleiten, um sie mit den Vorgaben, Beratungsangeboten und Handlungsempfehlungen vertraut zu machen, damit die eröffneten Spielräume dann auch optimal genutzt werden könnten. Sie persönlich habe sich diese Flexibilität in ihrer Zeit als Schulleiterin sehr gewünscht und in der Zeit als Oppositionspolitikerin lange gefordert. Entsprechend froh sei sie über den nun anstehenden großen Schritt. Auch die Schulleitungsverbände hätten die Maßnahme bereits als jahrzehntelang herbeigesehnte Revolution bezeichnet.

**Franziska Brychcy (LINKE)** bekundet, auch sie begrüße jene Revolution, zumal die Hälfte aller Klassenfahrten infrage gestanden habe. – Wann genau würden die Schulleitungen informiert? Schließlich müssten die Klassenfahrten jetzt gebucht werden.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF)** merkt an, ihre Vorrednerin habe in letzter Zeit und in verschiedenen Sitzungen mehrfach gesagt, dass bereits so viele Klassenfahrten gebucht worden seien, dass es in manchen Bezirken zu einer Überbuchung gekommen sei. Das angemahnte „jetzt“ dauere demnach schon etwas länger an. – Das angefragte Informationsschreiben an die Schulleitungen werde vor Beginn der Weihnachtsferien herausgeschickt.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

#### b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF)** erklärt, sie wolle den Ausschuss über den Stand zur Umsetzung des Investitionsprogramms Ganztagsausbau unterrichten. In der vergangenen Woche habe sie sich der Senat mit dem auf dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter basierenden Programm befasst. Das Landesprogramm biete Möglichkeiten, durch Investitionen die Rahmenbedingungen ganztätiger Bildung und Betreuung zu verbessern. Dazu zählten Bauvorhaben, Projekte zur Raumgestaltung oder zur Aufwertung der Ganztagschule als Lern- und Lebensort. Was die bestehende Ganztagsversorgung angehe, sei Berlin Spitzenreiter und nehme seit 2005 eine Vorreiterrolle ein. Aus diesem Grund nutzten die Berliner Schulen das Programm hauptsächlich im Sinne der Verbesserung der Ganztagschulen als Lern- und Lebensort. Bis 2027 stünden Berlin rund 219,6 Mio. Euro zur Verfügung, von denen 153,7 Mio. Euro vom Bund und 65,9 Mio. Euro vom Land Berlin stammten. Nicht zuletzt

erinnere sie daran, dass alle Bundesländer ab dem 1. August 2026 verpflichtet seien, stufenweise den Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung auszubauen.

Der Berlin-Tag habe in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum begangen. Während es anfangs 36 Informationsstände gegeben habe, sei man nun bei 250 Ständen angelangt. Die Anmeldungen überstiegen häufig die verfügbaren Platzkapazitäten. Bei der Ausgabe der Fachmesse in diesem September seien insgesamt 18 000 Gespräche geführt worden. Im Nachgang seien knapp 650 Bewerbungen auf Senats- und Bezirksebene zu verzeichnen gewesen, nach der Ausgabe im Februar sogar 2 400. Im Vorjahr habe sich das Verhältnis zwischen Frühjahr und Herbst genau andersherum dargestellt, wenngleich auf etwas niedrigerem Niveau. Ihr gehe es darum, den Mehrwert des Berlin-Tags für die Personalgewinnung für die unterschiedlichen pädagogischen Berufsgruppen herauszustellen.

Überdies wolle sie von ihrem Besuch der Schule in der Charité am Vivantes-Klinikum im Friedrichshain in dieser Woche berichten, der sie sehr beeindruckt habe. Das genannte Krankenhaus sei einer der Standorte für die vorhandenen Klinikschulen. Ihr Ziel sei es gewesen, sich ein eigenes Bild vom Unterricht im Krankenhaus zu machen. Die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen hätten deutlich gemacht, dass sie ein Teil der regulären Schullandschaft seien. Die jungen Patientinnen und Patienten hätten ihr gegenüber hervorgehoben, wie wichtig das Bildungsangebot für sie in der stationären bzw. ambulanten Behandlung sei. Das betreffe nicht nur den geschützten Raum, sondern auch die Struktur, jeden Tag die Schule zu besuchen. Ihr sei klar kommuniziert worden, dass sie sehr wohl Arbeiten schreiben, lernen und im Unterrichtsstoff mitkommen wollten. Gleichzeitig hätten sie zu verstehen gegeben, dass sie diese kleine Gruppe brauchten, um sich wohlfühlen und lernen zu können. Sie habe versichert, dass die vorhandenen Standorte aufrechterhalten würden. Darüber hinaus habe vor Ort eine Rolle gespielt, dass die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen gern ihren Anteil zum 11. Pflichtschuljahr leisten wollten. Ebenso die potenziell davon betroffenen Jugendlichen wollten die 11. Klasse dort absolvieren. Ihr Haus werde prüfen, wie dort Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten, um den vorgenommenen Änderungen in der Berliner Bildungslandschaft Rechnung zu tragen.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) äußert die Vermutung, die Senatorin sei vor allem in der Schule der Psychiatrie gewesen. Problematisch gestalte sich meist der Übergang von dort in die Regelschule. Seien solche Probleme bei der Integration in die Regelschule auch zur Sprache gekommen? Plane die Bildungsverwaltung eine Verbesserung der Situation für die Betroffenen, und wenn ja, wie?

**Louis Krüger** (GRÜNE) lenkt die Aufmerksamkeit auf den Berlin-Tag, bei dem es nicht zuletzt darum gehe, Lehrkräfte für Schulen zu finden, die momentan schlecht ausgestattet seien. Für die dort bereits tätigen Lehrkräfte bedeute die Präsenz auf der Fachmesse einen nicht unerheblichen zusätzlichen Aufwand. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, wie diese Schulen unterstützt werden könnten. Er selbst habe erlebt, dass gut ausgestattete Schulen aus dem Bezirk gleichsam stellvertretend für schlechter ausgestattete Schulen geworben hätten, und habe das als durchaus eigenartige Situation wahrgenommen.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) antwortet der Abgeordneten Burkert-Eulitz, dass der Übergang in die Regelschule und die Reintegration dort selbstverständlich auch Gegenstand der Gespräche gewesen seien. Das Ganze sei nach Auskunft sowohl der

Klinik- als auch der Schulleitung äußert komplex; dafür gebe es weder eine Schablone noch den einen Schlüsselmoment. Manche Schülerinnen und Schüler seien, einfach ausgedrückt, zu lange in der Klinikschule gewesen. So sei etwa der Weg zurück nach einem Jahr schwierig. Andererseits gehe es darum, wie der Weg zurück statfinde, wie man Eltern mitnehme, wie man einen begleiteten Übergang schaffe, wie man Personal in die Stammschule mitgeben könne, um der Schülerin oder dem Schüler eine Ankommenssituation zu ermöglichen. Ferner sei zu klären, wie der Austausch mit der Stammschule statfinde, um sensibel auf den zurückgekehrten jungen Menschen zu reagieren, der vulnerabler als seine Mitschüler sei. Häufig sei dies eine Frage der Kommunikation und Qualifikation, aber auch eine Frage der Ressourcen auf beiden Seiten. Wichtig sei auch das Bewusstsein, der Umgang miteinander. Die Beteiligten sagten, dass es Stammschulen gebe, die offener seien hinsichtlich Kommunikation, Sensibilität sowie der Art und Weise der Unterbreitung einer Rückkehroption, während andere Schulen stringenter oder noch nicht genügend sensibilisiert seien. Ihr Haus unterstütze gern bei konkreten Angelegenheiten, in individuellen Einzelfällen. In Anbetracht der Verschiedenheit der Fälle gebe es aber nicht die eine Maßnahme, um die Situation schlagartig zu verbessern. Sie begrüße, dass die Klinikschule erstmals zugesagt habe, insbesondere bei Schülerinnen und Schülern der 10. Klasse nicht so sehr auf die Verweildauer in der Übergangsklasse zu schauen, sondern ihnen ggf. den Schulabschluss – MSA oder BBR – in der Klinikschule zu ermöglichen. Ein Wechsel zurück an die Stammschule im Umfeld der Prüfungssituation sei für Kinder und Jugendliche, die auch psychische Probleme hätten, häufig zu gravierend.

Auf dem Berlin-Tag seien 75 Schulen vertreten, die alle zwölf Bezirke abdeckten. Auf der Bewerbungsliste für eine Teilnahme stünden weitere Schulen. Das Team, das die Fachmesse organisiere, achte darauf, dass das Verhältnis der vor Ort repräsentierten Schulen ausgewogen sei. Das beziehe sich sowohl auf die Schulform als auch auf die Standorte; Letzteres betreffe die soziale Dimension wie auch die innerstädtische versus randbezirkliche Lage. Ihr sei es wichtig, dass alle zwölf Schulaufsichten und Bezirke vertreten seien, damit sie ihren jeweiligen Bezirk bewerben und dabei dessen Vielfalt deutlich machen könnten. Bedeutsam erscheine, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in der Lage seien zu vermitteln, welche Möglichkeiten in den einzelnen Regionen bestünden und dass man zunächst in einer Schule anfangen und mit einer gewissen Perspektive die Schule wechseln könne, ohne dem Bezirk verloren zu gehen. Zur Frage, ob einzelne Schulen unterstützt werden könnten, wolle sie klarstellen, dass es zunächst einmal um das Lehrpersonal für das Land Berlin gehe. Im Nachgang der Bewerbungen könne geprüft werden, wie gesteuert und Schulen in prekären Situationen oder in herausfordernden Lagen mit Blick auf ihre Personaldecke künftig noch besser unterstützt werden könnten.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 b der Tagesordnung ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Wahl des stellvertretenden Schriftführers**

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** teilt mit, dass die vorschlagsberechtigte AfD-Fraktion eine Wahlvorlage bezüglich der Wahl des stellvertretenden Schriftführers eingereicht habe. – Sie frage, wen die AfD-Fraktion für diese Position vorschlage.

**Thorsten Weiß** (AfD) erklärt, er schlage den Abgeordneten Tabor vor.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** hält fest, dass der Abgeordnete Tabor sein Einverständnis mit der Kandidatur signalisiert habe. – Ferner stelle sie fest, dass die AfD-Fraktion, wie im Vorfeld angekündigt, die geheime Wahl beantrage.

Der **Ausschuss** führt eine geheime Wahl durch.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt fest, dass der Abgeordnete Tabor nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |   |   |
|---|---|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Neutralitätsgesetz: Definition des Schulfriedens und Umsetzung der Rechtsprechung</b><br>(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)                              | <a href="#">0283</a><br>BildJugFam  |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/1164<br><b>Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten „Neutralitätsgesetzes“</b>   | <a href="#">0226</a><br>BildJugFam<br>Haupt(f)<br>IntGleich*<br>Recht*<br>KultEnDe* |
| c) Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 19/1167<br><b>Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes – Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen beenden</b> | <a href="#">0198</a><br>BildJugFam<br>Haupt(f)<br>IntGleich*<br>Recht*<br>KultEnDe* |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

- |   |                                    |
|---|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend, Familie 2024/25</b><br>(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | <a href="#">0268</a><br>BildJugFam |
|---|------------------------------------|

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0225](#)  
**Geplante Kürzungen im EP 10 zur Umsetzung der Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe (PMA) und Konsequenzen für die Bereiche Bildung, Jugend und Familie im Haushaltjahr 2024**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0284](#)  
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend und Familie 2025**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** weist darauf hin, dass die Besprechungspunkte bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses am 28. November 2024 begründet worden seien. Auch der Senat habe damals bereits einleitend Stellung genommen.

**Franziska Brychey** (LINKE) begrüßt, dass der Ausschuss noch einmal über die pauschale Minderausgabe – PMA – berate, nachdem die neue Liste vorgelegt worden sei. – Zunächst wolle sie grundsätzlich wissen, wie es mit den Zuwendungsempfängenden weitergehe. Viele der Betroffenen wünschten sich zumindest einen vorläufigen Zuwendungsbescheid, um Planungssicherheit für die Zeit nach dem 1. Januar 2025 zu erlangen.

Die überarbeitete Liste beinhalte aus Sicht ihrer Fraktion erfreuliche Veränderungen. Viele Titel seien jedoch nicht noch einmal angefasst worden. Bei manchen bestünden Unklarheiten. Zu den positiven Änderungen gehöre, dass die Tarifvorsorge nun doch wieder vorgesehen sei und auch dem Bildungsbereich zugutekomme. Unklar erscheine dagegen, wie mit den Haushaltsresten umgegangen werden solle. Werde diesbezüglich der Senat aktiv? Wie sehe der Zeitplan aus? – Was könne der Senat zu den Kürzungen im Umfang von 323 000 Euro hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit an Schulen im Rahmen des Verfügungsfonds sagen? Auch bezüglich der Umschichtungen im Bonus-Programm bitte sie um eine Erläuterung.

Dass die Kürzungen bei der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut nun geringer ausfielen, sei zu begrüßen. Wie wirke sich die verbleibende Kürzungssumme von 1 Mio. Euro auf die Bezirke aus? – Nach wie vor von Kürzungen betroffen sei auch das Landesprogramm Stadtteilmütter. Die im entsprechenden Titel vorgenommenen Kürzungen seien sogar noch ausgeweitet worden. Welche Folgen habe das vor dem Hintergrund des Vorhabens, die Stadtteilmütter aus dem Solidarischen Grundeinkommen – SGE – in das Landesprogramm zu überführen? – Ferner wolle sie wissen, mit welchen konkreten Auswirkungen der Senat in Hinblick auf die nach wie vor geplante Kürzung bei der Jugendverbandsarbeit im Umfang von 1 Mio. Euro rechne. Die gleiche Frage stelle sich bei den Kürzungen im Bereich kulturelle Bildung, Stichworte: KinderKulturMonat, Jugendfreiwilligendienst, Flying Steps. Aus dem Hauptausschuss sei zu hören, dass trotz des Disputs um die Frage, ob die Mittel abfließen könnten, in Bezug auf Letzteres keine Änderungen vorgenommen worden seien. Worin lägen aus Sicht des Senats die Gründe dafür? – Änderungen vermisste ihre Fraktion auch hinsichtlich der Schulsozialarbeit und des Praxislernens, wovon viele Integrationsprojekte und viele Geflüchtete betroffen seien.

**Louis Krüger** (GRÜNE) kommt zunächst auf eine Äußerung der Senatorin unter Punkt 3 der Tagesordnung zurück, wonach er zur Spaltung der Gesellschaft beitrage. Diesen Vorwurf weise er zurück. Aus seiner Sicht stehe es Frau Günther-Wünsch als Senatorin nicht zu, das in diesem Ausschuss so zu bewerten.

Bezogen auf die Haushaltsreste bzw. die PMA, die bleibe, sei festzuhalten, dass die Haushaltsunsicherheit andauere. An welcher Stelle und zu welchem Zeitpunkt solle die Auflösung der pauschalen Minderausgabe erfolgen? – Bezogen auf die Kürzungen im Umfang von 3,5 Mio. Euro bei der Schulsozialarbeit wolle er wissen, an welchen Stellen sich diese künftig bemerkbar machten. – Die bereits thematisierte Deckungsfähigkeit mit Blick auf Klassenfahrten begrüße er. Um Erläuterung bitte er hinsichtlich der 1,45 Mio. Euro, die bei den Dienstreisekosten herausgenommen würden. Werde dieser Betrag nur in den neuen Titel, der für Dienstreisen im Verfügungsfonds eingefügt worden sei, verschoben, oder handele es sich um eine tatsächliche Einsparung, die zur Folge hätte, dass Schulen sich im Zweifelsfall entscheiden müssten, ob sie politische Bildungsarbeit machten, ein kulturelles Projekt durchführten oder die Klassenfahrt finanzierten?

Wenn er es richtig sehe, habe die Senatorin in der Hauptausschusssitzung vom Vortag die Frage beantwortet, was genau mit gleichmäßig proportionalen Kürzungen gemeint sei. Demnach bedeute diese Formulierung, dass in allen Teilansätzen eines Titels ein bestimmter Prozentsatz der Mittel gekürzt werde und nicht eine feste Summe in jedem Teilansatz eingespart werden solle. – Das Nicken der Senatorin fasse er als Bestätigung auf.

Ebenfalls in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses habe er es so verstanden, dass das Projekt „SuRe online – Kollegiale Fallberatung“ im Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen – BLiQ – aufgehen solle. Treffe das zu? Falls ja, betrachte SenBJF den Träger, der das bisher mache, die Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben gGmbH, als geeignet, um ihn miteinzubeziehen und dessen Expertise zu sichern?

Bezüglich der Flying Steps interessiere ihn, ähnlich wie die Kollegin Brychcy, mit welchem Grad an Mittelausschöpfung SenBJF für das Jahr 2025 rechne. Am Vortag habe man die Andeutung vernehmen können, dass nicht alle Standorte eröffnet werden könnten.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) erkundigt sich, wann die einzelnen Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger eine Information erhielten, wie es für sie im nächsten Jahr weitergehe. Die betroffenen Menschen benötigten Gewissheit. – In Bezug auf die Komplexe Stadtteilmütter und Kinderarmut enthielten die Anmerkungen zu der Liste einen „kryptischen Text“, um dessen Erläuterung sie bitte. Während sie es so verstehe, dass es bei den Stadtteilmüttern doch eine Sperre gebe, die dann aufgehoben werde, wenn die Menschen aus dem Solidarischen Grundeinkommen kämen, habe sie die Formulierungen zur Kinderarmut gar nicht verstanden. Die Frage richte sich eher an die Koalitionsfraktionen, die die Verhandlungen geführt hätten, als an den Senat.

**Franziska Brychcy** (LINKE) fragt ergänzend, ob sie es richtig verstanden habe, dass die Gartenarbeitsschulen samt der Leitungsstellen nun abgesichert seien. – Hinsichtlich der umfangreichen Kürzungen bei der Aus- und Fortbildung interessiere ihre Fraktion, welche Aus-

wirkungen auf die Pädagogischen Unterrichtshilfen, insbesondere mit Blick auf eine mögliche Höhergruppierung und die Qualifizierung, zu erwarten seien. – Außerdem wolle sie wissen, aus welchen fachlichen Gründen neben dem Quereinstieg ausschließlich das bereits angesprochene Projekt „SuRe online – Kollegiale Fallberatung“ in dem übergeordneten Titel gekürzt werde.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) bemerkt eingangs, auch sie begrüße die Möglichkeit des erneuten Austauschs über die pauschale Minderausgabe. – Grundsätzlich könne sie versichern, dass sämtliche Zuwendungsempfänger, die nicht rechtlich verpflichtende Aufgaben übernähmen, sondern über die Verwaltung gleichsam freiwillig beschieden würden, noch vor Weihnachten einen vorläufigen Zuschussbescheid für das erste Quartal 2025 erhielten und damit die ersten drei Monate des neuen Jahres weiterhin ihr Geld bekämen. Sie strebe an, dass die Bescheide noch in der laufenden Woche herausgingen; spätestens Anfang der kommenden Woche werde dies ansonsten der Fall sein.

Ebenso grundsätzlich wolle sie an frühere Aussagen erinnern, wonach ihr Haus über den Einzelplan 10 einen Anteil von im Vergleich zu anderen Senatsverwaltungen nur 6,7 Prozent zur Konsolidierung leisten müsse. Gleichzeitig werde unter den Fachpolitikern im Ausschuss stets gefordert, dass die Kostenfreiheit flächendeckend erhalten bleiben solle. Ferner werde kritisiert, dass auch die investiven Mittel – zwei Schulbauten und das Kitaausbauprogramm betreffend – angetastet würden; aus ihrer persönlichen Sicht gehe die Streichung von zwei Schulneubauten zu weit. Nun werde über jede konsumtive Ausgabe diskutiert. Dies führe zu der Frage, wo SenBJF ein Sparvolumen in jener Größenordnung finden solle, wenn alles infrage gestellt werde. Im konsumtiven Bereich, der in den letzten fünf Jahren um ein Vielfaches aufgewachsen sei, hätten die Koalitionsfraktionen schon einige Kürzungen rückgängig gemacht. Die verbliebenen Einsparungen würden dennoch infrage gestellt.

Die Stadtteilmütter betreffend werde es in der Tat keine Kürzungen geben, zumal es bereits mit SenFin vereinbart gewesen sei, die Personen aus dem SGE-Programm zu übernehmen. – Darüber hinaus treffe es zu, dass das Projekt „SuRe online – Kollegiale Fallberatung“ in das BLiQ übergehe. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dass hierbei externe Träger zum Tragen kämen. Sie könne aber derzeit nicht zusichern, dass in diesem Fall der bisherige Träger den Zuschlag erhalte. Momentan laufe die konzeptionelle Ausarbeitung der Fort- und Weiterbildung im BLiQ. Dabei werde geprüft, was hausintern geleistet werden könne und an welchen Stellen es externe Expertise brauche. Die Forderung nach Aufrechterhaltung der kollegialen Fallberatung teile sie.

Die Gartenarbeitsschulen samt pädagogischer Leitung blieben erhalten. – Was die Jugendverbandsarbeit und die kulturelle Bildung angehe, verweise sie auf ihre Grundsatzbemerkung, wonach Entscheidungen getroffen werden müssten. Ihre Verwaltung werde sich jetzt die Titel anschauen. An manchen Stellen sei ihr Haus froh, wenn die Kürzungen nicht immer teilsatzscharf hinterlegt seien, werde dadurch doch die Möglichkeit eröffnet, dass man im Zusammenwirken mit den Abteilungen erörtern könne, wo Kürzungen vertretbar seien, ohne dass die Fachlichkeit bzw. die Qualität massiv darunter litten. Es gelte, genau hinzuschauen, was die konkrete Ausgestaltung anbetreffe.

In Hinblick auf die Schulsozialarbeit und die erwähnten 3,5 Mio. Euro freue sie sich, dass es einen weiteren Einnahmetitel für die Tarifaufgleiche geben werde. Ohne diesen hätte SenBJF

nicht jede Tarifierhöhung zahlen können. Die zuständige Fachabteilung arbeite derzeit an der konkreten Ausgestaltung. – Was die Flying Steps angehe, sei sie irritiert von den getätigten Äußerungen. Das Sparvolumen sei erhöht worden, da ohnehin genau geprüft werden müsse, ob das kulturelle Angebot im Jahr 2025 von den Standorten und deren Gegebenheiten her überhaupt aufrechtzuhalten sei.

Bezogen auf die Frage nach dem Deckungsvermerk könne sie zusichern, dass die besagte Summe, die entnommen worden sei, in voller Höhe wieder auftauchen werde. Die Haushaltstechnik, die zum Einsatz komme, sei neu. Der hier abwesende Staatssekretär Dr. Kühne arbeite momentan daran, die Deckungsvermerke hausintern vorzubereiten.

Was die Haushaltsreste in Höhe von 28,7 Mio. Euro betreffe, stelle es die Aufgabe der nächsten Wochen dar, zu analysieren, wo im konsumtiven Bereich im Laufe des Haushaltsjahrs 2025 gespart werden könne. Dies sei eine fachliche Beurteilung, eine haushaltstechnische Betrachtung dessen, was überhaupt bewegt werden könne. Die Entscheidungen könne sie aktuell nicht vorwegnehmen; am Vortag habe erst einmal die zweite Lesung des Nachtragshaushalts im Hauptausschuss stattgefunden. Allerdings sollten die Entscheidungen zeitnah, das bedeute, bis Mitte Januar, getroffen werden, damit Klarheit darüber bestehe, welche Projekte über das erste Quartal hinaus Bestand hätten.

**Staatssekretär Falko Liecke** (SenBJF) kommt auf die Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut zu sprechen, zu der die Abgeordnete Brychcy eine falsche Zahl genannt habe. So würden dort nicht 1 Mio. Euro eingespart, sondern 700 000 Euro, während 1 Mio. Euro erhalten blieben. Davon bekomme der Träger Gesundheit Berlin-Brandenburg etwa 250 000 bis 260 000 Euro, um die Bezirke in dem Prozess zu begleiten. Die Bezirke selbst erhielten zwischen 50 000 und 60 000 Euro für die Präventionsarbeit, was ihm schon lange besonders wichtig sei. Die exakten Zahlen stünden noch nicht fest.

Vor dem Hintergrund, dass die Jugendverbandsarbeit zuvor um 2 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro aufgestockt worden sei, erscheine die nun vorgesehene Kürzung um 1 Mio. Euro vertretbar. Im laufenden Jahr hätten die Mittel ohnehin nicht in jener Größenordnung verwendet werden können. – Bei dem Jugendfreiwilligendienst würden, wie am Vortag im Hauptausschuss erörtert, 1 Mio. Euro eingespart, da die Nachfrage in dem Umfang nicht vorhanden gewesen sei und dies auch für das kommende Jahr angenommen werde. Von einer massiven Einschränkung der Stadtgesellschaft und des Grundsystems in diesem Kontext könne keine Rede sein. Überdies müssten an bestimmten Punkten Kürzungen vorgenommen werden. Hierbei gelte es, Prioritäten zu setzen. Aus seiner Sicht müsse eher in Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit investiert werden als in Bereiche, die auch ersetzt werden könnten durch andere.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) nimmt Bezug auf den Wortbeitrag der Senatorin, die zu verstehen gegeben habe, dass die Opposition gleichsam keine Vorschläge für Änderungen am Nachtragshaushalt gemacht habe. Dass dies im Rahmen des Ausschusses nicht möglich sei, erscheine für alle nachvollziehbar. Im Hauptausschuss hätten die Oppositionsfraktionen aber sehr wohl Änderungsanträge gestellt.

Die Kinder- und Familienarmut habe einen thematischen Schwerpunkt der Vorgängerkoalition gebildet. Damals seien die entsprechenden Projektmittel und Strukturen geschaffen wor-

den. Dass der Staatssekretär das bereits als Jugendstadtrat in Neukölln unterstützt habe und nun auf Landesebene weitertrage, begrüße ihre Fraktion.

Von Interesse sei, ob es eine Haushaltssperre geben werde, um die 28,7 Mio. Euro Haushaltsreste zu finden. Des Weiteren wolle sie wissen, ob die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger tatsächlich bereits am 1. Januar 2025 für die ersten drei Monate des neuen Jahres finanziert seien. Dies stelle einen Fortschritt zur bisherigen Handhabung dar.

**Franziska Brychcy** (LINKE) bekräftigt, dass der Hauptausschuss intensiv über das Thema PMA debattiert habe. Dabei sei vonseiten der Opposition auch auf Einnahmemöglichkeiten verwiesen worden. Eine konjunkturbedingte Kreditaufnahme von etwa 1 Mrd. Euro wäre möglich gewesen, aber die amtierende Koalition wolle diesen Weg nicht einschlagen. Auch die vorgeschlagene Erhöhung der Grunderwerbsteuer hätte Einnahmen in Höhe von 100 Mio. Euro erbracht. Den Mut, das auszuschöpfen, was möglich sei, hätte sie sich gewünscht, zumal die Auswirkungen der Einsparungen auf den Einzelplan 10 enorm seien.

Zur anstehenden Auflösung der knapp 29 Mio. Euro erkundige sie sich, welche Möglichkeiten in dieser Hinsicht bestünden. Sei es nach Einschätzung der SenBJF eine Option, noch einmal Personaltitel oder Investitionsmittel in Anschlag zu bringen, oder sei ein erneuter Kahlschlag im konsumtiven Bereich zu erwarten? Wie gestalte sich das Verfahren? Welche Auswirkungen habe der nicht beschlossene Bundeshaushalt für 2025 für den Einzelplan 10, konkret bezogen auf Bundesmittel, die dann zunächst nicht flössen?

**Louis Krüger** (GRÜNE) fragt nach, wie der Zeitplan für den Transfer der kollegialen Fallberatung in das BLiQ und die potenzielle Ausschreibung aussehe. – Mit Blick auf die Formulierung von Staatssekretär Liecke zu den Bereichen, die durch andere ersetzt werden könnten, bitte er um eine Erläuterung. Ihm sei nicht klar, was das bedeute. – Die Aussage der Senatorin, wonach die PMA bis Mitte Januar aufgelöst sein solle, lasse darauf schließen, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 23. Januar darüber debattieren könne. Beziehe sich die angekündigte Klarheit auch auf Titel mit vielen einzelnen Teilansätzen, aber bisher nur pauschalen Kürzungsangaben? Er begrüßte es sehr, wenn der Ausschuss zu Beginn des neuen Jahres noch einmal über die konkrete Auflösung sprechen könnte.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) erwidert der Abgeordneten Brychcy, es wäre keine seriöse Haushaltspolitik, 3 Mrd. Euro Schulden mit weiteren Schulden in Höhe von 1 Mrd. Euro zu kompensieren. Dazu habe der Finanzsenator alles gesagt. Die beständige Aufnahme neuer Schulden habe erst zu dem bestehenden Konsolidierungsbedarf geführt. Vorschläge wie der erwähnte empfinde sie als unverantwortlich mit Blick auf diejenigen, die nach dieser Legislaturperiode damit umgehen müssten. – Überrascht bzw. irritiert habe sie zudem, dass die genannte Abgeordnete ins Spiel gebracht habe, die Haushaltsreste bei den Personaltiteln einzuspeisen. Dies bedeutete, dass lieber pädagogische Fachkräfte aus dem System genommen und Projekte aus dem konsumtiven Bereich aufrechterhalten würden, als die Grundstruktur des Bildungssystems in Berlin zu bewahren. Das hielte sie für unverantwortlich. Daher werde es nicht so weit kommen.

Gegenüber dem Abgeordneten Krüger wolle sie klarstellen, dass sie zwar nicht im Wortlaut gesagt habe, dass die PMA am 23. Januar 2025 vollständig aufgelöst sein werde, doch sei es ihr Ziel, bis zu jenem Zeitpunkt weitestgehend identifiziert zu haben, wie die PMA geleistet

werden könne. Eine Haushaltssperre werde es nicht geben. Sowohl der Finanzsenator als auch dessen Staatssekretärin hätten deutlich gemacht, dass die Haushaltsreste im gesamten Haushaltsjahr 2025 gefunden werden könnten. Einigkeit unter den Fachverwaltungen bestehe dahin gehend, dass sich diese Suche aufgrund der jeweils bereits erbrachten Sparvolumina nicht mehr so einfach wie in den Jahren zuvor gestalten werde. Daher müssten Entscheidungen getroffen werden. Sie strebe an, alle Zuwendungsempfänger, denen für das erste Quartal Sicherheit gegeben werde, dann eher zu informieren, wenn sich keine Anschlussbescheide daran anschließen. Dieses Vorgehen sei auch deshalb nötig, weil spätestens im zweiten Quartal 2025 die Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2026/2027 beginnen werde. Das momentan bei 3 Mrd. Euro liegende Sparvolumen müsse dann auf 5 Mrd. Euro anwachsen. Im besten Fall könnten die Überlegungen, ob im personellen, investiven oder konsumtiven Bereich gespart werden solle, gleich vertieft und auch auf 2026/2027 bezogen werden. Sie könne nur dafür werben, dass sich alle Fachpolitiker ehrlich der Debatte stellten, was es brauche, damit das Funktionieren der Bildungssysteme, der Jugendarbeit und der Familienunterstützungssysteme weiterhin seriös gewährleistet sei. Hierbei müsse die Frage beantwortet werden, was eventuell zunächst abkömmlich sei.

Hinsichtlich der Bundesmittel, nach denen gefragt worden sei, stelle sich der aktuelle Stand so dar, dass alles, was bereits in einer Verwaltungsvereinbarung dokumentiert und hinterlegt sei, statfinde. Das betreffe die Mittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz und aus dem Startchancen-Programm, nicht aber den DigitalPakt, für den eine Verwaltungsvereinbarung noch fehle. Die Kultusministerkonferenz verhandle diesbezüglich weiter und strebe eine Vereinbarung mit dem amtierenden Bundesbildungsminister Cem Özdemir in der Erwartung an, dass die kommende Bundesregierung diese Vereinbarung aufgreife und in ihre Überlegungen, Verhandlungen und mit Blick auf den Bundeshaushalt einbeziehe.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** erinnert daran, dass sich eine Frage direkt an den Staatssekretär gerichtet habe.

**Staatssekretär Falko Liecke** (SenBJF) unterstreicht, ihm gehe es nicht um Einzelbenennungen. Vielmehr gelte es, sich strategisch und strukturell anzuschauen, welche Senatsverwaltungen welche Finanzierungen unternähmen. Bekanntlich gebe es enorm viele Dopplungen oder ähnliche Projekte, die inhaltlich das Gleiche machten und nur durch einen anderen Träger ausgeführt würden, sowie auftragsweise Bewirtschaftung zwischen den Senatsverwaltungen, zwischen den Bezirken. Jene Analyse diene dem Ziel, Einsparungspotenziale herauszufinden.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** erklärt die Besprechung zu den Punkten 4 a, 4 b und 4 c der Tagesordnung für abgeschlossen.

### Punkt 5 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses  
Bericht Senat von Berlin – BJF V B 23 – vom  
16.05.2023  
Rote Nummer 0988  
**Jährlicher Bericht über die Umsetzung des  
Unterhaltsvorschussgesetzes – Bericht über das Jahr  
2022**

[0186](#)  
BildJugFam

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** schlägt in Anbetracht der Tatsache, dass dem Ausschuss kein Vorschlag für eine inhaltliche Stellungnahme gegenüber dem Hauptausschuss vorliege, vor, dem Hauptausschuss möge empfohlen werden, den Bericht rote Nr. 0988 zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Beratung, dass diesem Vorschlag gefolgt werden solle.

### Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Konfrontative Religionsbekundung an Berliner  
Schulen – Konsequenzen aus der DEVI-Studie**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)
- b) Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 19/0112  
**Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Toleranzwahn  
beenden und religiösem Mobbing, konfrontativer  
Religionsbekundung und islamistischer  
Ideologisierung wirksam entgegentreten**

[0007](#)  
BildJugFam

[0041](#)  
BildJugFam(f)  
IntGleich

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** informiert darüber, dass dem Ausschuss zu Punkt 6 b der Tagesordnung eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung nicht vorliege. Da die Sechsmonatsfrist gemäß § 32 Abs. 2 Satz 5 GO Abghs bereits abgelaufen sei, könne der Antrag auch ohne eine solche Stellungnahme abschließend beraten und abgestimmt werden.

**Thorsten Weiß** (AfD) erklärt, seine Fraktion verzichte auf eine Begründung sowohl des Besprechungsbedarfs zu TOP 6 a als auch des Antrags zu TOP 6 b.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt fest, dass die Besprechung zu Punkt 6 a der Tagesordnung damit abgeschlossen sei. – Zu Punkt 6 b der Tagesordnung weise sie darauf hin, dass das im Antrag genannte Berichtsdatum bereits angelaufen sei.

**Thorsten Weiß** (AfD) beantragt, dass als neues Berichtsdatum „31. Juli 2025“ einzufügen sei.

Der **Ausschuss** kommt überein, so zu verfahren. Sodann beschließt er zu Punkt 6 b der Tagesordnung, dem Plenum möge die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0112, auch mit soeben geändertem Berichtsdatum, empfohlen werden.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.